

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zum 8. Mai: Das uneingelöste Versprechen. Seite 1

Freimut Duve MdB verurteilt den US-Wirtschaftskrieg gegen Nicaragua: Der Welthandel als Peitsche. Seite 3

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Bundestages, setzt sich mit dem jüngsten Monatsbericht der Bundesanstalt für Arbeit auseinander: Weiterer Anstieg der Massenarbeitslosigkeit. Seite 4

Reinhold Hiller MdB kommentiert die Feindbilder des Staatssekretärs Würzbach: Seit an Seit mit der John-Birch-Society. Seite 5

Hermann Heinemann, Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Mitglied des SPD-Vorstandes, fordert wirksame Maßnahmen zur Kostendämpfung: In der Bundesrepublik kosten die Medikamente am meisten. Seite 6

40. Jahrgang / 84

3. Mai 1985

Das uneingelöste Versprechen

Gedanken zum 8. Mai

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, mischte sich bei vielen von uns die Erleichterung über das Ende der Naziherrschaft die inständige Hoffnung, daß Europa und dem eigenen Volk eine lange Zeit des Friedens beschieden sein möge. Im deutschen Widerstand wie in den Ländern, die die Bitternis der Okkupation erlitten hatten, konkretisierte sich die Hoffnung in der Annahme, daß die siegreiche Krieges-Allianz fähig sein werde, in einen Abschnitt konstruktiver Zusammenarbeit überzuleiten. Die meisten derer, die sich auf eine solche Perspektive eingestellt hatten, ließen sich auch nicht dadurch beirren, daß es in der letzten Phase des Krieges an erheblichen Reibereien zwischen der sowjetischen Führung und den Regierungen der Westalliierten nicht gemangelt hätte.

Nun können wir in der Tat auf vierzig Jahre Frieden in Europa zurückblicken. Das ist nicht wenig, doch der Rückblick läßt auch zu der Feststellung ein, daß es illusionär war, auf ein Überleben der Anti-Hitler-Koalition zu setzen. Wir erlebten den Kalten Krieg, die Trennung der Teile Deutschlands und Europas voneinander, das Entstehen der Militärallianzen unter Führung der beiden Weltmächte, dann das Bemühen um Entspannung, wieder abgelöst von einem erschreckenden Ausmaß der beiderseitigen Rüstungen. In diesem Jahr werden weltweit kaum weniger als eintausend Milliarden Dollar für Verteidigungs- und Rüstungsausgaben in Anspruch genommen. (Und dies in einer Zeit, in der fünf Prozent der Mittel ausreichen würden, um dem Hunger in der Welt ein Ende zu bereiten.)

Kein Zweifel, daß die Atlantische Allianz, man nehme alles in allem, eine friedensbewahrende Rolle gespielt hat. Der Zusammenschluß des westlichen Europa - ein wichtiger Gegen-

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Verleger: Ursula
Kühnemann
Bonn
Bonn



stand in der antinazistischen Debatte über die Nachkriegsaufgaben - ist unzulänglich geblieben. Jedoch ist die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten in Ost und West sowie der Neutralen nie völlig zum Erliegen gekommen. Im Gegenteil hat sich gezeigt, daß vielfältige Formen solcher Zusammenarbeit trotz der unterschiedlichen politischen Systeme entwickelt werden konnten. Und daß sich deutliche Ansätze eines die Systeme überwölbenden europäischen Interesses zeigte, nicht über Gebühr durch die sich steigernden Gegensätze zwischen den Supermächten in Anspruch genommen zu werden.

Nicht in Erfüllung gingen die damals weitgezielten Hoffnungen auf die Vereinten Nationen. Die Zahl ihrer Mitglieder ist von 51 auf 159 gestiegen. Und sicherlich stellt die Weltorganisation ein wichtigeres Forum dar, als den meisten von uns bewußt ist oder bewußt gemacht wird. Ihre Arbeit ist auf vielfache Weise dem internationalen Austausch zugute gekommen, in einer Reihe von Fällen auch so, daß regionale Konflikte eingedämmt und beigelegt werden konnten. Aber die vitalen Themen der Rüstungskontrolle und Abrüstung blieben unerledigt auf der Tagesordnung. Sie können, wie die Dinge liegen, nur dann mit Aussicht auf Erfolg behandelt werden, wenn die Weltmächte miteinander in der Lage sind, das Eis zu brechen. Aber die Interessen, die die Europäer und die Staaten der Dritten Welt hierzu geltend machen und die Erwartungen, die sie hegen, brauchen nicht ohne Einfluß zu bleiben.

Dies gilt auch für die Neuordnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen. Damals, vor vierzig Jahren, stand die Entkolonialisierung auf der Tagesordnung. Die hat, bis auf Restbestände, stattgefunden. Aber die politische Selbständigkeit der neuen Staaten dadurch zu ergänzen, daß sie ökonomisch auf eigenen Füßen stehen, das bleibt eine ungelöste Aufgabe. Die Schuldenkrise zeigt, wie dringend es geworden ist, hier wieder an Vorschläge anzuknüpfen, die in der Debatte über Kriegs- und Friedensziele eine Rolle spielten. Die 1944 in Bretton Woods geschaffenen Institutionen - der Internationale Währungsfonds und die Weltbank - haben sich fast drei Jahrzehnte lang bewährt. Aber nun ist längst die Zeit gekommen, in der eine gründliche Reform geboten wäre. Und zwar nicht nur für die internationalen Währungs- und Finanzfragen, sondern auch für solche Regelungen, die - so universell wie möglich - einer gedeihlichen Entwicklung des internationalen Handels und besseren Chancen für die armen Länder zugute kommen.

In den vierzig Jahren seit 1945 haben sich gewaltige materielle Veränderungen ergeben: Die Weltbevölkerung hat sich verdoppelt. Das weltweite Sozialprodukt hat sich vervierfacht, so auch der Energieverbrauch. Der durchschnittliche Lebensstandard in den Industrieländern ist markant gestiegen. Es haben wissenschaftlich-technische Umwälzungen stattgefunden, die in so kurzer Zeit nicht vorausgesehen wurden. Die ökologischen Gefahren waren damals den allermeisten nicht oder kaum bewußt. Fragen nach der Qualität des Lebens und nach dem, was wachsen soll - und was nicht - nehmen inzwischen mancherorts einen neuen Rang ein. Sie haben zunehmend einen systemüberwölbenden Charakter, stellen sich also ähnlich in West und Ost, Süd und Nord.

Doch ich meine, daß wir mit Vorteil an die Grundvorstellungen anknüpfen können, die 1945 von Mitgliedern des Widerstands innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen geltend gemacht wurden: Nie wieder Krieg und nie wieder Kriegstreiberei vom eigenen Boden aus, Überwindung sinnloser Zerreißung und stattdessen vernünftige europäische und internationale Zusammenarbeit, Sicherung der eigenen Interessen und gleichzeitig Offenheit für die neuen Aufgaben, von deren Beantwortung die Zukunft der Menschheit abhängen kann. Vierzig Jahre danach bleibt viel zu tun. (-/3.5.1985/rs/ks)

+ + +



Der Welthandel als Peitsche

Der US-Wirtschaftskrieg gegen Nicaragua soll erreichen, was die CIA nicht schafft

Von Freimut Duve MdB

Bitburg war die Satire, Nicaragua ist der Ernstfall.

Der Weltwirtschaftsgipfel - der den Freihandel, der die Schulden der Dritten Welt zum Thema hat - wird vom amerikanischen Präsidenten eröffnet mit einem totalen Handelsboykott gegen ein unliebsames Land. Deutlicher hätte ein (leider nicht nur symbolischer) Akt nicht sein können, mit dem der Welthandel als Peitsche des Mächtigsten mißbraucht wird. Wer nicht spürt, für den gilt keine liberale Ideologie, der muß dran glauben.

Wenn christliche Kirchenleute sich weigern, südafrikanische Apfelsinen zu kaufen, wenn studentische Dritte-Welt-Gruppen keinen Somoza-Kaffee kaufen wollten - dann wurden sie höhnisch verlacht von allen Welthandels-Realpolitikern. Kleine dumme Moralisten. Wenn der mächtigste Handels- und Militärstaat der Welt ein kleines Land mit vielfältigem kriegsähnlichem Druck überzieht

- Verminung der Häfen

- Finanzierung und Unterstützung der Contras

dann schweigen die Experten für Realpolitik.

Wer hat eigentlich die Massenmörder in Guatemala boykottiert, als dutzendfach Oradour stattfand, als in über dreißig Dörfern Babies, Kinder, Frauen und Männer - der Reihe nach - niedergemetzelt wurden? Im Namen des Westens? Im Namen der Freiheit und des antikommunistischen Kampfes?

Wer hat eigentlich die Militärdiktatur Chile boykottiert, als Tausende verhaftet, gefoltert, getötet wurden?

Eine Regierung, die vor den eigenen Farmern zurückzuckte als sie der Welt ein Handelsembargo gegen die Sowjetunion aufzwingen wollte, setzt sich weltweit dem Vorwurf des Zynismus aus, wenn es ein armes Dritte-Welt-Land boykottiert. Der Gipfel ist schon jetzt bitterer Hohn für die, die hungern und für die, die versuchen, aus eigener Kraft voranzukommen.

Mit dem Wirtschaftskrieg gegen Nicaragua soll erreicht werden, was die CIA nicht schafft: auf die Knie oder in die Arme der Sowjetunion. Wenn die Regierung Nicaraguas nicht auf die Knie fällt, dann muß das wirtschaftliche Chaos her. Ein zweites Cuba wollen die Reagan-Leute nicht dulden, wohl aber ein zweites Cuba selbst produzieren. Reagan marschiert in gefährlicher Eile in die Schweinebucht.

Kohl und Genscher sind seit Sonntag abend verstummt. Erklärungen von Sprechern reichen nicht.

Wo bleibt das Wort, das jedermann deutlich macht: Noch gibt es eine eigenständige Bonner Außenpolitik? Bleiben die beiden stumm, dann haben sie sich nicht den Gesetzen der Gastfreundschaft, sondern dem Diktat der Weltmacht gebeugt, mit verheerenden Folgen für unser inneres Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika, mit verheerenden Folgen für unser Verhältnis zu den Menschen in Zentralamerika. (-/3.5.1985/rs/ks)

+ + +



Weiterer Anstieg der Massenarbeitslosigkeit vorprogrammiert

Anmerkungen zum neuen Arbeitsmarktbericht der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Bundestages

Die monatlichen ausführlichen Informationen der Bundesanstalt für Arbeit über die Situation auf dem Arbeitsmarkt sind eine Beschreibung der Vergangenheit - was daraus zu schließen ist, muß sich jeder selbst überlegen. Die Lage ist: Im April ist die Zahl der Arbeitslosen saisonüblich zurückgegangen, es sind aber über 50.000 mehr Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet als vor einem Jahr. Das ist der entscheidende Vergleich. Die Massenarbeitslosigkeit liegt danach weiter auf Rekordniveau. Noch nie seit Bestehen dieser Republik gab es so viele Arbeitslose in einem April wie jetzt.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben recht: In diesem Jahr wird die Massenarbeitslosigkeit weiter zunehmen. Die Bundesregierung war und ist da viel optimistischer, allerdings unrealistischer. Geht sie doch von einem Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit in 1985 von 100.000 aus. Leider fehlt es dazu an ausreichender Begründung. Die Bestätigung liefert die Bundesregierung selber. Greift sie doch jetzt zu dem "Instrument" der ständigen Appelle, zum Beispiel sollen die Arbeitgeber einstellen. Das würden die ihrer Bundesregierung zuliebe auch tun, sie tun es aber nicht, weil es im Inland an Nachfrage mangelt und Finanzanlagen hier und besonders in den USA allemal attraktiver sind, als Investitionen in Realkapital, sprich in neuen Maschinen und Anlagen.

Mit Appellen will die Bundesregierung Überstunden begrenzen und weigert sich gleichzeitig konsequent, ein vernünftiges Arbeitszeitgesetz vorzulegen, wie es die SPD vorgemacht hat. Die Gemeinden werden angenommen, mehr zu investieren, gleichzeitig sind die Gemeinden aber stark steigenden Sozialhilfelasten ausgesetzt, die die direkte Folge der Massenarbeitslosigkeit sind. Die Regierung Kohl hat einen beschäftigungspolitischen Scherbenhaufen angerichtet. Ihre neuerlichen Appelle haben die alleinige Funktion, von der eigenen Tatenlosigkeit abzulenken.

Die Bundesanstalt für Arbeit will festgestellt haben, daß der Abbau der Winterarbeitslosigkeit "richtig in Gang gekommen" sei. Das soll heißen, dieser Prozeß wird fortgesetzt. Da darf man fragen, ob im Mai, Juni oder Juli, im Sommer also, die Winterarbeitslosigkeit abgebaut wird? Natürlich, das Wetter sei schuld gewesen. Nur: Wenn diese These richtig gewesen wäre, dürfte jetzt nicht das Vorjahresniveau überschritten werden. Tatsache ist, von der Konjunktur gehen insgesamt keine Impulse aus. Die Bundesanstalt sieht von der wirtschaftlichen Entwicklung her positive und negative Impulse - wie wahr, sowas gibt es immer, es kommt aber darauf an, was unter dem Strich anfällt. In der Bauwirtschaft zum Beispiel sieht es verheerend aus. Gleichwohl tut die Bundesregierung auch auf diesem Feld buchstäblich nichts, um der Misere abzuhelpfen. Dabei liegen fertig entwickelte Programme und Maßnahmen vor. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sie dem Deutschen Bundestag auf den Tisch gelegt.



Der Weltwirtschaftsgipfel, das Drum und Dran, überlagert zur Zeit fast alles. Das hat sich die Bundesregierung fein ausgedacht. Aber die Probleme bleiben. Richtig und erfreulich ist zum Beispiel, daß die Arbeitslosigkeit Jugendlicher unter 20 Jahren unterdurchschnittlich ist, aber: Von der laufenden Arbeitsmarktberichterstattung der Bundesanstalt für Arbeit wird unterschlagen, wie es für die Jugendlichen nach der Ausbildung aussieht, also für die in der Altersklasse von 20 bis unter 25 Jahren. Und da war es schon vor einem Monat so, daß 14 Prozent arbeitslos waren. Diese Quote lag und liegt um 40 Prozent über dem Durchschnitt. Dazu sagt die Bundesanstalt nichts, die Bundesregierung erst recht nicht. Dabei hätte ich fast vergessen, daß es ganz so nicht stimmt, denn die Bundesregierung, erinnere ich mich jetzt, hat bereits an die Arbeitgeber appelliert, junge Arbeitnehmer nach der Ausbildung weiter zu beschäftigen, also auch hier: Appelle statt Maßnahmen.

Die Bundesanstalt für Arbeit rühmt in ihrem neuesten Bericht die Entlastungswirkungen der Arbeitsmarktpolitik. Dieses Eigenlob ist insofern gerechtfertigt, als es mit den Instrumenten der Arbeitsförderung gelang, Schlimmeres zu verhüten. Aber: Die Entlastungswirkung der Arbeitsmarktpolitik ist heute nicht höher als vor zehn Jahren. Seither hat sich aber der Umfang der Massenarbeitslosigkeit mehr als verdoppelt. Daraus folgt: Der Gesetzgeber ist gefragt. Die Regierungsfractionen dürfen sich nicht länger taub stellen. Diese Bundesregierung hat den Vorteil, fertige Maßnahmen zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit von der SPD abschreiben zu können.

Die Massenarbeitslosigkeit ist kein unabwendbares Schicksal. Es muß dafür gesorgt werden, daß sich die Bundesregierung nicht länger aus der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung herauszieht und das Risiko der Massenarbeitslosigkeit, insbesondere der Dauerarbeitslosigkeit, einseitig den Arbeitnehmern und ihren Familien aufbürdet. Es bedarf einer konzertierten Aktion aller Vernünftigen, dieser Bundesregierung in den unseligen Arm zu fallen. Denn: Die Wunder, zum Beispiel ein "Einstellungswunder" (Blüm) wird es wohl nicht geben. Wunder haben die bemerkenswerte Eigenschaft, äußerst selten zu sein.

(-/3.5.1985/rs/ks)

+ + +



Seit an Seit mit der John-Birch-Society

Einige Anmerkungen zu den Feindbildern des Staatssekretärs Würzbach und deren Folgen für die praktische Politik

Von Reinhold Hiller MdB

Nun hat die Bundesregierung kürzlich doch grünes Licht für eine Fährverbindung zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland gegeben. Noch im November 1984 sah es so aus, als würden sicherheitspolitische Bedenken und Befürchtungen der Bundesregierung vor einer Verstimmung der Amerikaner das Projekt scheitern lassen. Vor allem der schleswig-holsteinische CDU-Bundestagsabgeordnete, Peter-Kurt Würzbach, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung hatte sich im Sommer 1983 mit der Warnung vor der Schaffung "zusätzlicher maritimer Nachschubkapazität" für die Sowjetunion und der Eröffnung weiterer Möglichkeiten der Spionage und Zersetzung für Moskau hervorgetan.

Er setzte sich in diesem Fall sogar in Gegensatz zur CDU-Landesregierung Schleswig-Holsteins, die sich von der Fährverbindung zwischen einem sowjetischen und einem schleswig-holsteinischen Ostseehafen wirtschaftliche Vorteile für Schleswig-Holstein verspricht. Aber Würzbach ist ein strammer Kämpfer gegen jede Bedrohung aus dem Osten, und er kämpft seinen Kampf gegen kommunistische Zersetzung - auch wenn er damit seinen politischen Freunden in der schleswig-holsteinischen Heimat in den Rücken fällt. Denn allen anderen politischen Interessen übergeordnet sind ihm die sicherheitspolitischen, und die kann er nur als militärische verstehen.

Zur gleichen Zeit, in der Würzbach das deutsch-sowjetische Fährprojekt mit den Waffen des Kalten Krieges bekämpfte, wurde bekannt, daß er einer polemischen Kampfschrift "Der Krieg im Frieden" der "John Birch-Society", die in den USA den Ruf einer rechtsradikalen, rassistischen und militant antikommunistischen Organisation hat, mit seinem Vorwort des Entree auf dem deutschen Buchmarkt verschaffte. Der Aufgabe der - wie die "Süddeutsche Zeitung" schrieb - "sich am Rande der Legalität bewegendem Organisation", die kommunistische Weltverschwörung aufzudecken, fühlte sich Würzbach verbunden. "Mit welchen Verfahren, Personen und Institutionen das geschieht", schrieb Würzbach, "wird in diesem Buch anschaulich dargestellt".

Bisher sah er das Wirken der kommunistischen Weltverschwörung nur in der Friedensbewegung, die den Kreml mit ihren pazifistischen Signalen zum Mißverständnis "unserer bedingungslosen Bereitschaft zur Wehrlosigkeit", deren "Folgen tödlich sein könnten" verleite. (Würzbach in "Deutsche Tagespost", Würzburg, am 10. August 1983). Jetzt muß er wohl befürchten, daß auch Ministerpräsident Dr. Dr. Uwe Barschel mit seinem ganzen Kabinett - von wirtschaftlichen Interessen verblendet - zum willfährigen Instrument sowjetischer Eroberungspolitik geworden ist. Eröffnet die Landesregierung nicht - ohne es zu wollen, natürlich - dem Weltkommunismus das Eindringen über die Ostsee in unser freiheitlich-demokratisches Grundordnungsland? Und Bundeskanzler Kohl, der wieder einmal einen Konflikt nicht austragen will, gibt grünes Licht für Verhandlungen mit der Sowjetunion!

Es bleibt abzuwarten, ob Peter-Kurt Würzbach aus dieser Kurzsichtigkeit seiner Partei und der Unzuverlässigkeit seiner eigenen Bundesregierung im antisowjetischen Verteidigungskampf Konsequenzen zieht und sein Amt als Parlamentarischer Staatssekretär zur Verfügung stellt - um ohne falsche Rücksichten seinen Kampf im Kalten Krieg fortzusetzen, mit treueren, verlässlicheren Bündnispartnern, zu denen er ja schon beste Beziehungen hat - siehe seine Dienste für die John-Birch-Society. (-/3.5.1985/rs/ks)

+ + +



Ausgaben-Rekord bei Medikamenten

Nirgendwo sind die Arzneimittel-Preise so hoch wie in der Bundesrepublik

Von Hermann Heinemann

Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen

Mitglied des SPD-Vorstandes

Im Jahre 1984 hatten die gesetzlichen Krankenversicherungen 15,54 Milliarden DM an Ausgaben für Arzneimittel (ohne die Arzneimittel, die in Krankenhäusern verabreicht werden) und damit einen Ausgabenanstieg pro Mitglied von 7,1 Prozent.

Vergleicht man die Preise der Medikamente sowohl in der Bundesrepublik als auch in den europäischen Ländern, fallen immense Preisunterschiede bei identischen Medikamenten auf. So zahlen wir zum Beispiel in der Bundesrepublik 12,85 DM für das Medikament Novalgin, in Spanien sind dafür jedoch nur 3,06 DM zu zahlen. Für Lanicor zahlen wir 9,45 DM (Preise: Stand 1981), während in Italien 2,01 DM zu zahlen sind.

Hätten wir im Jahre 1981 in der Bundesrepublik die belgischen Preise für Medikamente bezahlt, so hätten wir fast 560 Millionen DM weniger für Arznei ausgegeben. Setzten wir als Basis die österreichischen Preise, wären 390 Millionen DM eingespart worden.

Die deutschen Krankenversicherten finanzieren mit ihren Medikamenten die niedrigen Preise in anderen Ländern, damit die Pharmaunternehmen auch in den Auslandsmärkten vertreten sind.

Nicht nur innerhalb der europäischen Länder gibt es diese gewaltigen Preisunterschiede, auch in der Bundesrepublik selber. Beispiel: Eine Tagesdosis des Medikamentes Alupurinol wird am preiswertesten von einem Pharmaunternehmen zu 0,38 DM und am teuersten von einem anderen Unternehmen für 1,18 DM angeboten.

Zu dem Preisrekord in der Bundesrepublik kommt ein zweiter Rekord hinzu. Nirgendwo werden mehr Medikamente angeboten, nirgendwo ist der Medikamentenmarkt so wenig überschaubar.

Hier ist die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung zum sofortigen Handeln aufgefordert. Sie muß umgehend die gesetzlichen Grundlagen für die Erstellung von Positivlisten schaffen. Positivlisten, die die Ärzte über die preiswertesten Medikamente auf dem Markt informieren.

Positivlisten wären ein Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Die Spekulationen der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung über höhere Selbstbeteiligung der Versicherten oder eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge gehen am Problem vorbei - die Kostenexplosion wird damit überhaupt nicht eingedämmt - lediglich die Versicherten haben in unzumutbarer Weise höhere Belastungen zu tragen.

(-/3.5.1985/rs/ks)

+ + +

